

Annoncen.
Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmsstr. 17)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14.
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streisand,
in Lübeck bei Ph. Matthies.

Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Jr. 441.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 25 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 26. Juni.

Vom Landtage.

84. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

(Schluß.)

Finanzminister Bitter: Ich werde mich nur mit dem ersten Punkte der Interpellation beschäftigen und die Beantwortung des zweiten dem Minister der öffentlichen Arbeiten überlassen. Die Staatsregierung hat es für nötig gehalten bei der Wichtigkeit der Frage einen besonderen Ministerialkommissar zu ernennen, der seine Inspektion von der Zentralinstanz erhält und die Aufgabe hat, alle in Frage kommenden Verhältnisse zu prüfen, namentlich darauf hin, welche Maßnahmen nötig sind, um in den Notstandskreisen die Verhältnisse dauernd zu verbessern. Die Arbeiten sind seit Anfang April im Gange und werden hoffentlich bis zum Herbst soweit fertig gestellt sein, daß der Generalplan und der Kostenanschlag dem Hause zur Genehmigung vorgelegt werden kann. Ich bin nicht im Stande das Untersuchungsergebnis vorzulegen. Die Vorarbeiten werden mit der größten Sorgfalt vorgenommen unter Berücksichtigung aller Verhältnisse; die Aufgabe des Kommissars besteht auch in der Negativierung der kleinen Flüsse durch Vorflut-, sowie durch Ent- und Bewässerungsmaßnahmen; außerdem sollen die Kreditverhältnisse der bürgerlichen Besitzer geprüft und dieselben den wucherischen Einfüssen entzogen werden; ferner soll untersucht werden, wie weit die Kultur in jenen Kreisen gehoben werden kann durch die Anlage von Ackerbau- und Wiesenbauschulen, durch Förderung des Flachsbauens und Einrichtung von Flachsberatungsanstalten, endlich durch Einführung von Haushaltsindustrien. Dem Kommissar sind die nötigen technischen und sonstigen Hilfskräfte zur Verfügung gestellt. Die Regierung geht von der Ansicht aus, daß der vorzulegende Plan nach seiner Genehmigung durch den Landtag durch die Landesbehörden, den Oberpräsidenten, bzw. die Regierung zu Oppeln ausgeführt werden soll. (Beifall rechts.)

Minister Maibach: An die Beantwortung des zweiten Theiles der Interpellation gebe ich nur mit einer gewissen Reserve, die daraus erklärlich ist, daß wir in den in Rede stehenden Gegenden keine Staatsbahnen, sondern nur Privatbahnen, an deren Bahnlinie die projektierten neuen Bahnen angeschlossen werden müssen, und daß die Verhandlungen über die Modalitäten noch im Gange sind. In erster Linie steht die Bahn von Oppeln nach Neisse, die ich für ein nützliches Unternehmen und nicht für eine Notstandsbahn im engeren Sinne halte. Die oberschlesische Eisenbahngesellschaft hat sich bereit erklärt, die Bahn auszuführen unter der Voraussetzung, daß seitens der Kreise der Grund und Boden hergegeben und eine Subvention von jährlich 60,000 Mark à fonds perdu auf 8 Jahre gewährt wird. Die erste Bedingung dürfte wohl als erfüllt betrachtet werden, bezüglich der zweiten schweben noch Unterhandlungen und es wird hoffentlich gelingen, zu einem Einverständnis unter mäßigeren Bedingungen zu kommen, ohne daß die Staatskasse in Anspruch genommen zu werden braucht. Viel wichtiger ist das zweite Projekt (Lublinitz-Tarnowitz); es konnte eine Verständigung mit der oberschlesischen Bahn nicht erreicht werden; ich habe mich deshalb mit der Rechte Oder-Ufer-Bahn in Verbindung gesetzt und eine Verständigung dahin erzielt, daß der Staat eine abnehmende jährliche Subvention auf 10 Jahre gewährt, die nach Ablauf der 10 Jahre wieder erstattet wird, es handelt sich also nur um ein zinsloses Darlehen; auch hier sind noch einige Anstände zu be seitigen; ferner ist seitens der Bahngesellschaft die Forderung gestellt, den Grund und Boden unentgeltlich herzugeben und seitens der Kreise und Kommunen eine Immunität auf 10 Jahre zu bewilligen. Ob diese Bedingung erfüllt werden wird, läßt sich noch nicht übersehen. Eine dritte Bedingung ist die Wahl der Linie selbst. Ich bin von dem Standpunkte ausgegangen, daß eine Staatssubvention nur dann einzutreten hat, wenn die Bahn zur Melioration der Gegend dient. Die wichtigste Linie Rybnick-Pleß soll die beiden gleichnamigen Kreise ausschließen; bisher ist es denselben nicht gelungen, einen Anschluß an das Eisenbahnnetz zu erreichen. Die oberschlesische Eisenbahn will die Linie Rybnick-Löbau zur Ausführung bringen unter gewissen Bedingungen, an deren Erfüllung ich nicht zweifle, so daß die Linie sich als rentabel auch ohne Staatssubvention erweisen wird. Indessen damit ist die Aufgabe noch nicht gelöst. Es handelt sich darum, die Quellen des Notstandes dauernd zu verstopfen und zu diesem Zwecke ist noch eine Linie notwendig, welche diese Kreise in nördlicher Richtung verbindet nach Jassemb. Sollte ein Anschluß an die österreichischen Bahnen erreicht werden, so würde dies in den beteiligten Kreisen erwünscht sein. Die Staatsregierung geht von dem Standpunkte aus, daß es sich um eine dauernde Hilfe handelt und daß deshalb nichts überstürzt werden darf. Ich wünsche von Herzen, daß es möglich sein werde, dem nächsten Landtage die betreffende Vorlage zu machen.

Damit ist auch diese Interpellation erledigt.

Es folgt die Interpellation des Abg. v. Schorlemeyer-Alst: „Hat die Staatsregierung bereits Ermittlungen darüber angeordnet, oder wird solche anordnen, ob und wie weit die ungünstigen Witterungsverhältnisse des Winters und Frühjahrs den Ertrag der Ernte in Frage stellen, um rechtzeitig, falls Notstände in einzelnen oder mehreren Landestheilen zu befürchten sind, die Maßregeln zu deren Abwendung treffen zu können?“

Abg. v. Schorlemeyer-Alst: Der Zweck der Interpellation ist, der Regierung Gelegenheit zu einer beruhigenden Erklärung vor dem Lande zu geben. Redner führt dies näher aus.

Minister Lucius: Der Interpellant irrt nicht in der Annahme, daß die Staatsregierung der Entwicklung der Ernteaussichten mit Aufmerksamkeit gefolgt ist; es sind auch vom landwirtschaftlichen Ministerium Ermittlungen über den Stand der Ernteaussichten angeordnet; allein eine erschöpfende Auskunft können dieselben nicht ergeben, da es an den zur Beschaffung statistischer Daten auf dem Gebiete der Landwirtschaft notwendigen Organen fehlt. Die Reichsstatistik von 1878 hat eigentlich erst einen Anhaltspunkt für die Bodenbenutzung gegeben; die Versuche, eine vorläufige und definitive Erntestatistik herzustellen, sind gescheitert, weil die Fragen zu spezialisiert waren und die ganze Arbeitslast den Selbstverwaltungsbehörden auferlegt werden mußte. In den Sitzungen des Landwirtschaftsrathes ist diese Frage ebenfalls erörtert, man wollte durch die landwirtschaftlichen Vereine von Monat zu Monat eine Statistik aufstellen lassen. Die Mehrheit meinte aber, die Ermittlungen würden nicht zuverlässig sein und die aufgewendete Mühe dem wahrscheinlichen Resultat nicht entsprechen. Als die bedenklichen Witterungsnachrichten eintrafen, hat sich das Ministerium an die landwirtschaftlichen Zentralvereine gewendet, um die Ernteaussichten der Hauptfruchtarten zu erfahren; diese Nachrichten, sowie die Berichte der Regierungen dürfen erst in der ersten Juliwocke

eintreffen. Nach dem, was ich erfahren habe, sind die Ernteaussichten im Allgemeinen keine ungünstigen, namentlich bezüglich der Sommerfrüchte und des Winterweizens, an einzelnen Stellen sogar recht günstige. Die Aussichten der Kartoffelernte haben sich trotz des eingetretenen Frostes gebessert. Am meisten durch die Fröste hat der Roggen gelitten, aber dies gilt auch nicht von allen Landestheilen. Am schwersten haben durch die Nachtfroste gelitten die Provinzen Posen, Brandenburg und Westpreußen (Ruse: Pommern); Pommern und Schlesien nur strichweise. Ich gebe dies nur mit allem Vorbehalt an, denn man kann nicht wissen, wie die Witterung von Woche zu Woche eingewirkt hat. Jedenfalls dürfte der etwas ungünstige Ausfall der Roggenernte durch eine bessere Kartoffelernte pariert werden. Jedenfalls ist man nicht berechtigt, aus dem gegenwärtigen Stande der Roggenpreise Schlüsse auf einen Notstand zu ziehen; denn die Steigerung derselben in den letzten Monaten ist keineswegs eine außerordentliche; ungewöhnlich erscheint sie nur durch den Vergleich mit den letzten beiden Jahren, wo die Preise so tief standen, wie seit 1866 nur in 2 Jahren. Bei der mittelmäßigen Ernte des vergangenen Jahres ist die Preissteigerung gar nicht befremdend; während 1878 100,155,000 Tr. gerieten wurden, ergab die Ernte 1879 nur 76,534,000 Tr., also einen Ausfall von ca. 25 p.C. Wenn trotzdem die Getreidepreise sich im Jahre 1879 niedriger stellten als sonst, so liegt das daran, daß sie sich nach der wirklichen oder vermeintlichen Produktion und nach den wirklichen oder vermeintlichen Vorräthen richten. Was die gegen einen etwaigen Notstand in Aussicht genommenen Maßregeln betrifft, so hat der Interpellant sie schon selbst angeführt; es sind dieselben, die bei partiellen Notständen, die eigentlich in jedem Jahre vorkommen, seitens der Regierung ins Werk gesetzt werden. Es ist bedenklich, und die Erfahrung in Oberschlesien hat dies bestätigt, ähnlich einen Notstand zu proklamieren, weil daraus Entmuthigung und Demoralisation folgt und die Bevölkerung daraus den Schluß zieht, daß nunmehr jede Anstrengung überflüssig sei, die Regierung müsse für alles sorgen. (Sehr richtig!) Das ist soweit gegangen, daß man eine Zuwanderung in die oberschlesischen Notstandsdistrikte bemerkt haben will. (Hört!) Das Resultat der heutigen Verhandlungen wird hoffentlich ein beruhigendes sein; sollte in Folge derselben eine Entmuthigung um sich greifen, so würde er das bedauern. Es entstehen alljährlich partielle Notstände, die durch Vereinigung aller Ressorts, durch Schaffung von Arbeit und Beschaffung von Saatgut bestreit werden. Die Regierung muß mit der Hilfe nicht zu leicht vorgehen, namentlich aber die Hilfe nicht aufdringen. Sollten die Notstände ausgedehnter auftreten, so wird die Regierung keine Bedenken tragen, an den Landtag mit Forderungen heranzutreten; sollten die vorhandenen Mittel zur Sicherung partieller Notstände nicht ausreichen, so erwartet die Regierung auch eine nachträgliche Genehmigung etwaiger Staatsverschreibungen. (Beifall rechts.)

Abg. Richter: Es würde im Lande einen eigenthümlichen Eindruck gemacht haben, wenn durch Verweigerung der Besprechung der Interpellation es anderen Mitgliedern des Hauses unmöglich gemacht würde, sich über diese wichtige Frage auch zu äußern. Gewiß wäre es bedenklich, einen Notstand zu proklamieren, der nicht vorhanden ist. (Da die rechte Seite sehr unruhig ist, hält der Redner inne, bis Ruhe eingetreten ist.) Auch ich halte die Interpellation in ihrer Allgemeinheit für bedenklich; so falsch es, in übertriebene Befürchtungen auszusprechen, ebenso falsch wäre es, übertriebene Hoffnungen zu hegen. Ich spreche nicht von den Ergebnissen der nächsten Ernte, sondern halte mich an die augenblicklichen hohen Roggenpreise. Gewiß ist es richtig, an die Selbsthilfe zu appelliren, aber nur dann, wenn man die staatlichen Hindernisse sich selbst zu helfen und den Kornzoll beseitigt hat. (Große Unruhe rechts.) Mit diesen Störungen machen Sie die Kornzollfrage vor dem Lande nicht tot. Dieses Benehmen kennzeichnet Sie, wie ich Sie im Lande gekennzeichnet wünsche. (Sehr gut! links.) Seit vorigem Jahre, wo die Kornzölle eingeführt wurden, sind in Berlin die Roggenpreise von 12—13 M. pro Doppelzentner auf 20—21, also um 70 p.C. gestiegen. Damals, als man den Roggenzoll einführte (Aha! rechts) — Sie sollten es doch schon längst gemerkt haben, daß ich vom Roggenzoll sprechen will — machte man aus diesen niedrigen Roggenpreisen allgemeine Schlüssefolgerungen, die jetzt nicht mehr zutreffen. Damals sagte der Reichstanzler, es trieben sich Millionen Portionen von Roggen im Lande umher, die keine Abnehmer fänden. Wenn man allen neu geborenen Kindern den Mund voll stopft, wäre noch zu viel übrig. Als früher Roggenzölle noch bestanden, waren dieselben von selbst suspendirt, sobald der Roggen 2½ Thaler pro Scheffel oder 18½ M. pro Doppelzentner überstieg. Jetzt stehen also die Roggenpreise 10 p.C. über den damaligen Preisen der Zollsuspension. Es ist nicht richtig, wenn der Minister sagt, die Roggenpreise seien um diese Zeit gewöhnlich so hoch. In der angegebenen Zeit seit 1866 haben wir im Juni niemals solche Preise gehabt, selbst im Jahre 1874 mit hohen Juni-preisen waren sie noch etwas niedriger. Höher und zwar nur um ½, sind sie nur im Notstandsjahr und zwar bis zum April 1868 gewesen. Nichts würde weniger auftragen, als daß die Müller und Bäcker an den hohen Preisen schuld wären, im Gegenteil ist im Verhältniß zum Roggen Mehl und Brot noch zu billig und werden hier die hohen Roggenpreise erst hervortreten, wenn Müller und Bäcker das billiger eingekauft verbraucht haben. Gewiß kommen die hohen Roggenpreise nicht allein vom hohen Roggenzoll, sondern das Minus der Ernte hat zunächst dazu beige tragen. Dabei will ich gleich in Parenthese bemerken, ein wie unsicheres Ergebnis die amtlichen Schätzungen der Roggenaussichten im Juli bieten. Im vorigen Jahr wurde die Ernte gegen 1878 im Verhältniß von 103 : 100 geschätzt, heute hören wir, daß die Roggenernte gegen 1878 nur 75 Prozent betragen hat. Zunächst wirkt also der Ernteaussfall auf die Preissteigerung. Als am 1. Januar der Roggenzoll ins Leben trat, hatte man sich noch mit Roggenvorräthen ver sehen, hier lagerten zu Neujahr 750,000 Zentner Roggen, das 3-fache des Vorjahrs. Während nach Neujahr im Auslande die Roggenpreise fielen, stiegen sie bei uns langsam in dem Maße wie die zollfreien Vorräte aufgezehrt wurden und der Roggenzoll bei steigender Roggengie fuhr seine Wirkung aus. Eine acute Preissteigerung trat dann seit Mai ein, ein Verhältniß von 18 : 21 seit den erwähnten Frösten. Gleichwohl ist es unrichtig, diese Preissteigerungen auf die Befürchtungen in Bezug auf die nächste Ernte allein zurückzuführen. Der Handel theilt diese Befürchtungen nicht in demselben Maße wie Herr von Schorlemeyer. Dies geht daraus hervor, daß man heute Roggen auf Lieferungen im Oktober um ein Sechstel billiger kaufen kann, als bei augenblicklicher Lieferung. Die augenblickliche Preissteigerung hat also noch ganz besondere Gründe. Es freut mich, daß der Minister nicht wie Herr v. Schorlemeyer dieselben der Spekulation schuld gegeben hat, sondern die Naturgesetze des Handels aner-

kennt. Der Reichstanzler meinte freilich im vorigen Jahre, die Spekulation sei an den niedrigen Preisen Schuld und müßte deshalb durch einen Zoll als Ordnungszoll zu höheren Preisen gebracht werden. Umgekehrt gibt Herr v. Schorlemeyer der Spekulation jetzt die zu hohen Preise schuld. Nun müßte der Zoll wieder aufgehoben werden, aber nicht ein Ezebel der Spekulation, sondern umgekehrt, die Lähmung der Spekulation durch den eingeführten Zoll ist an der Preissteigerung schuld. (Sehr wahr! links.) Eine lebendige Spekulation gleicht die Preise aus von Land zu Land und von Zeit zu Zeit. Seit der Zollaufstellung aber nimmt die Spekulation Anstand, Vorräthe aus dem Ausland einzuführen, weil sie dieselben nicht unter Umständen wieder ins Ausland verkaufen kann. Sie würde dabei den bezahlten Zoll nicht zurückstatten bekommen und mehr verlieren, als der Handel Gewinn bringt. Was die Preise jetzt so hoch hält, ist der absolute Mangel an Vorräthen. Die anderen Länder sind uns in Russland mit Einfäulen zugegangen, weil sie nicht durch Zölle behindert werden. Nun sind die Russen um so zurückhaltender, je begehrlicher wir nach Korn verlangen, und je weniger dort ist. Heute glaubt es kein Mensch mehr, daß das Ausland so gütig ist, für uns den Zoll zu bezahlen. Was beispielweise in Danzig aus dem Ausland vorrätig ist, wird um den Zollbetrag höher verkauft, wenn es im Inland zu liefern ist, als wenn es transit geht. Vorigen Mittwoch waren hier in Berlin nur 10,000 Zentner Roggen übrig, also ein Pfund auf den Kopf der Bevölkerung. Dies lagert auf den Mühlen, und eine große Mühle mußte den Betrieb einstellen, weil der russische Roggen über Stettin erst am Abend des Tages ankam. Durch die Lähmung der Spekulation zur ausreichenden Schaffung von Vorräthen schadet der Zoll noch mehr, wie durch den Zollsat selbst. Statistische Ermittlungen über Ernteaussichten sind ja recht gut, aber vermögen die Lähmung der Spekulation nicht auszugleichen, denn besser als Behörden durch Ministerialerstreit und Ordnungsstrafen wird der Handel durch sein eigenes Interesse veranlaßt, sich gut zu informiren im Inland wie im Ausland. Ich kann nicht zugeben, daß die Kartoffelnahrung den Werth der Volksnahrung durch Roggenbrot zu ersetzen vermöge. Uebrigens werden die Kartoffelpreise durch die Ausfuhr gesteigert. Wo der Freihandel die Konsumtion verheuert, setzt man ihm keine Schranken, im Gegenteil zahlt man den Brauereinbrennern tatsächlich Exportprämien, daß sie unsere Kartoffeln zum Sprit für das Ausland verarbeiten. Der Weizen ist allerdings im Verhältniß zum Roggen noch billig, aber die Weizen ist konservativ und eine Uebertragung des Roggenkonsums auf den Weizenkonsum findet nur in beschränkter Weise statt. Die Landesleute selbst leiden jetzt unter den Getreidezöllen. In dem Mais, Roggen und Hafer, den sie vielfach zukaufen müssen, bezahlen sie selbst den Roggenzoll und die hohen Roggenpreise können sie nicht ausnutzen, weil sie nichts mehr zu verkaufen haben. Alles ist teurer geworden, zum Theil aus natürlichen Gründen, zum Theil durch die neuen Zölle. Dies trifft u. A. auch die billige animalische Volksnahrung, amerikanisches Speck und Schmalz. Auch das nutzt unseren Landwirthen nichts. Für die einheimischen Sorten wie für das Fleisch überhaupt sind die Preise seit vorigem Jahr eher etwas billiger geworden. Aber was nützt etwas billigeres Fleisch, wenn man in Folge der teuren anderen Lebensmittelpreise kein Geld mehr übrig hat, es zu kaufen. Die Brotpreise sind im Verhältniß von 3 zu 5 gestiegen oder das Brot ist verhältnismäßig kleiner geworden. Die kleinen Leute hier in Berlin sind in der That jetzt übel daran. Wer ein kleines Beisthümchen hat, auf dem etwas zwächst, ist noch nicht so schlimm daran, wie Derelige, welcher Alles zukaufen muß. Das ist um so schlimmer, als der Dienst nicht wesentlich sich gehoben hat, sogar Arbeiterentlassungen in der Kohlen- und Eisen-Industrie bevorstehen. (Hört! hört!) Auch hieran trifft die Regierung eine genüge Mitschuld. Der Minister hat seinen Einfluß verwendet zu Gunsten von Koalitionen zur Einschränkung der Kohlenproduktion. In Oberschlesien ist eine solche Koalition nicht zu Stande gekommen, aber in Rheinland-Westfalen ist sie am 11. Juni wieder erneuert worden, obwohl die Kohlenpreise ohnehin seit vorigem Herbst sehr erheblich gestiegen sind. Durch Begünstigung solcher Koalitionen hat der Minister auf der einen Seite dazu beigetragen, das Angebot an Kohlen zu vermindern, auf der andern Seite die Nachfrage durch Heraabsetzung der Eisenbahnfracht vermehrt und so doppelt auf die Preishaltung eingewirkt. (Unruhe rechts.) Zur Sache. Präsident: Das gehört wohl nicht mehr zur Interpellation: über die ungünstigen Wirkungen der Witterungsverhältnisse und die dagegen zu ergreifenden Maßnahmen. Abg. Richter: Die ungünstigen Witterungsverhältnisse haben allerdings auf die Steigerung der Kohlenpreise eingewirkt. (Heiterkeit rechts.) Da Herr v. Schorlemeyer seine Interpellation einmal so weit gesetzt hat, kann er es uns nicht verdauen, wenn wir die Gelegenheit missen möchten, am Schlus der Session noch einmal darauf hinzuweisen, wohin die gegenwärtige Politik führt. (Heiterkeit rechts.) Die hohen Kohlenpreise bei den sehr zurückgegangenen Eisenpreisen tragen nun wieder viel dazu bei, die Eisenindustrie zu schädigen, und so lesen wir, daß jetzt gerade die Abgeordneten, welche im vorigen Jahre für die Eisenwerke gewählt haben, jetzt umherreisen und Koalitionen ver anlassen zur Einschränkung der Eisenproduktion. Das gibt also auch wieder Veranlassung zu Arbeiterentlassungen und zur Heraabsetzung des Arbeitslohns in Folge der stärkeren Konkurrenz der Arbeiter unter einander bei teuren Lebensmittelpreisen. So hat also immer eine falsche Maßnahme eine Reihe anderer zur Folge. Eine steigende Auswandlung wie nie zuvor ist das Kennzeichen des ersten Jahres dieser sogenannten nationalen Wirtschaftspolitik. Interpellationen darüber an die gegenwärtige Staatsregierung als die Trägerin dieser Politik hat weniger Zweck, unjene Interpellationen sind tatsächlich für das Land bestimmt, damit es zur Klarheit gelange über das Verhältnis von Ursache und Wirkung bei dieser ehrlichen Probe auf die neue Wirtschaftspolitik. Es freut mich, am Schlus der Session durch Herrn von Schorlemeyer noch einmal Gelegenheit bekommen zu haben, hierauf hinzuweisen. (Beifall links.)

Abg. v. Heydebrand und der Lasa: Die Interpellation hatte den Zweck, beruhigend zu wirken. Der Minister hat das anerkannt und die objektive Darstellung des Abg. v. Schorlemeyer hat mich in dieser Auffassung bestärkt. Solche Interpellationen haben aber auch die bedenkliche Seite, daß man dabei lange Ausführungen machen kann, die mit der Sache selbst in gar keinem Zusammenhang stehen. Die Ausführungen des Abg. Richter galten in dem ceterum censeo: Die Getreidezölle müssen zerstört werden. Bei diesen Ausführungen habe ich immer zweierlei Ausdrücke; einesheils erkenne ich die reiche Erfahrung des Abg. Richter in diesen Dingen an und die hohe Be gabung, in der kein anderer ihm gleichkommt, das ihm zu Gebote

Annoncen.
Annahme-Bureaus.
Dr. Berlin, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien;
bei G. L. Hanke & Co., Haasestein & Vogler, Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank“.

Inserate 20 Pf. die sechsgespalte Petzzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, und an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

stehende Material gesicht zu gruppieren, anderntheils aber glaube ich, wenn der Abg. Richter wirklich ein Verständniß für ländliche und landwirthschaftliche Dinge hätte, müßte er nothwendigerweise die Getreidezölle verteidigen, nicht im Interesse der Großgrundbesitzer, sondern in dem der kleinen Landleute und Bauern, denn gerade diese werden von der Spekulation in einer Weise ausgebettet, wie es beim Großgrundbesitz nie der Fall sein kann. (Sehr richtig!) Diesen Versuchen der Spekulation müssen wir aber nach Kräften entgegentreten, denn ein prästationsfähiger Bauernstand ist die beste Stütze eines Staates. Ich hoffe, daß in diesem Punkte der Abg. Richter aus einem Saulus noch ein Paulus werden wird. Ich gehe auf die Prinzipienfrage der Getreidezölle nicht ein, denn dieselbe gehört vor das Forum des Reichstages, und nicht vor das des Landtag's. Wenn die Getreidezölle aber nur das erreichen, daß das im Inlande produzierte Getreide nicht theurer, aber sicher verkauft wird, so haben sie ihren Zweck genügend erfüllt. Nicht die Getreidezölle haben die Spekulation gelähmt, sondern weil die Spekulation vielleicht nicht vorher wußte, daß es am 19. und 20. Mai frieren würde. Allerdings müssen jetzt die Importeure die Getreidezölle veräussern, die sie unter Umständen einbüßen, aber dadurch wird nur die Spekulation auf ihr richtiges Maß beschränkt, und auch hierin haben die Getreidezölle ihren Zweck erreicht. Es wird auf diese Weise verhindert, daß die Spekulation zu viel Vorräthe einführt, die nachher entbehrlieb werden, die Preise drücken und so den kleinen Landwirth schwer schädigen. Die Kohlenfrage erörtere ich nicht, weil es mir neu war, daß Kohlen auch frieren können. (Große Heiterkeit.) In Betracht der Brotpreise habe ich mich bei vielen Bürgern informirt; ein Theil derselben war der Meinung, daß weder die Getreidezölle noch die augenblicklichen hohen Roggenpreise irgend welchen Einfluß auf die Brotweise ausüben, weil die Terminpreise billigeren Roggen signalisierten, und daß heute wie früher ein Brot 50 Pf. kostet. Ein anderer Theil schloß sich freilich den Ausführungen des „Berliner Tageblatt“ und der „Volkszeitung“ an, daß alles Unheil in der Welt von den Roggenzöllen komme, aber sie gestanden auch zu, daß das Brot nicht theurer geworden sei. Was den Gegenstand der Interpellation selbst betrifft, so will ich nicht bestreiten, daß der Frost in einigen Gegenden eine übermäßige Schädigung herbeigeführt hat, diese trifft aber weniger die Konsumenten als die Produzenten, denn für die ersten kommt nur der Körnerertrag in Betracht, dagegen für die letzteren die ganze Frucht. Wer die Landwirthschaft kennt, weiß, daß der Frost das Stroh spröde und unbrauchbar macht und so den Landwirth den Vorbedingung für die nächste Ernte, des Düngers, beraubt. Ich möchte hier eine Bitte an das bekannte milde Herz des Landwirtschaftsministers richten, daß er nämlich in Bezug auf das Streumaterial die Grundfläche der Billigkeit walten läßt. Es ist ein wahres Glück, daß das Feld- und Forstpolizeigesetz bereits erlassen ist, denn dieses macht es der Regierung möglich, manches zu bewilligen, wenn sie dabei die erforderlichen Mittel hat, um die nötige Ordnung zu handhaben. Ich wende mich mit der gleichen Bitte an die Privatforscher, obwohl ich weiß, daß die Herren stets Oster zu bringen bereit sind für die Interessen des kleinen Grundbesitzes, die mit den unsern eng verknüpft sind. Seit dem Frost ist der Roggen nur um 20 p.C., das Stroh aber um 100 p.C. gestiegen. Wenn also der Frostschaden nur die Produzenten trifft, die Roggenzölle aber zu Gunsten der Produzenten sind, dann wäre eine Suspension derselben eine reformatio in pejus. Die Interpellation hat das Gute gehabt, eintheils die Bewohner der geschädigten Landestheile zu beruhigen, anderntheils aber vor dem Lande aufs Neue zu konstatzen, daß die Wirtschaftspolitik des Reichskanzlers durch keinerlei Angriffe alteriert werden kann, denn sie ist aufgebaut auf den praktischen Bedürfnissen des Landes. Die ländliche und industrielle Bevölkerung kann nur wünschen, daß es dem starken Arm und dem klaren Blick des Reichskanzlers gelingen möge, dieses sein Werk zu vollenden, das er zum Wohle des Vaterlandes begonnen hat. (Lebhafte Beifall rechts.)

Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Auf den Antrag des Abg. Miquel wird der vom Herrenhaus in abgeänderter Fassung zurückgelangte Entwurf eines Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes, betreffend die Verfassung der Verwaltungsgerichte und das Verwaltungsschulverfahren vom 3. Juli 1875 und Einführung derselben in dem gesamten Umfang der Monarchie en bloc angenommen.

Schluss 4 Uhr. Nächste Sitzung: Sonnabend 12 Uhr. (Dritte Berathung der kirchenpolitischen Vorlage.)

Vocales und Provinziales.

Posen, 26. Juni.

r. Die neuen Anlagen auf dem Grünen Platz sind bereits fertig gestellt und gehören schon jetzt einen ganz hübschen Anblick. Die Wege sind mit gelbem Kies beschüttet worden, und der frisch gesäte Grasamen in den mit niedrigen eisernen Barrieren abgegrenzten Plätzen zwischen den Wegen ist bereits ausgegangen. An dem Springbrunnen, der in der Mitte des Platzes errichtet werden soll, wird noch gearbeitet.

r. In der Schützenstraße ist der neue Durchlaß für den Karneleitergraben, der aus Klinkern und Cement hergestellt worden ist, bereits überwölbt, so daß die Straße, welche wegen des Baus an dieser Stelle mehrere Wochen lang gesperrt war, voraussichtlich schon in nächster Woche für den Verkehr wieder wieder eröffnet werden können.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Berlin, 25. Juni. [Viehmarkt.] Es standen zum Verkauf: 163 Rinder, 299 Schweine, 721 Kalber, 802 Hammel. Rindvieh war zwar in allen Qualitäten vertreten, wurde jedoch, da noch viel lebende Vorräthe vorhanden, nur in einigen Exemplaren untergeordneter Ware zu Montagspreisen gehandelt. Schweine, welche nur in geringer Ware am Markt, wurden zwar geräumt, indessen nicht höher bezahlt, als am jüngsten großen Markt. Ganz schlecht war das Geschäft in Kalbern und Hammeln, erstere wurden zwar bei Preisen von 40–50 Pf. per 1 Pf. Schlachtwicht auverkauft, von letzteren blieb jedoch der größte Theil übrig, da effektiv gar kein Bedarf vorhanden.

** Berliner Wollmarkt. [Amtlicher Bericht.] Auf dem diesjährigen Wollmarkt, der in den Tagen vom 19. bis 21. Juni abgehalten wurde, wurden 25,880 Ztr. Wolle gegen 30,400 Ztr. im Vorjahr angefahren, also 4570 Zentner weniger. Für dies Quantum waren 354 verschiedene Verkäufer vorhanden und unter diesen 178 Produzenten welche aus erster Hand 7569 Ztr. zum Verkauf stellten. Das zugeführte Quantum zerfiel nach der Herkunft in 700 Ztr. mecklenburgische und pommersche Wolle, 9800 preußische, 4000 polnische, 5030 märkische Wollen. Mittels der Eisenbahnen wurden zugeführt, und zwar durch die Ostbahn in 144 Wagen 9170 Zentner, Berlin-Stettiner in 81 Wagen 4608 Ctr., Niederschlesisch-Märkische in 4 Wagen 340 Ctr., Berlin-Hamburger in 26 Wagen 1371 Ctr., Nordbahn in 9 Wagen 389 Ctr., Berlin-Lehrter in 1 Wagen 46 Ctr., zusammen in 265 Wagen 15,429 Ctr., mittels Roll- und Landfuhrwerk 9906 Ctr. Die Preise, welche gezahlt wurden, betragen: für feine Tuchwollen 198–177 M. mittel-fine Tuchwollen 174–159 M. Kammwollen 190–168 M. ordinäre Wollen 145–120 M. Am 14. Juni lagerten in den Privatlagern der Wollhändler 9466 Ztr. 33 Kilo deutsche, 9085 Ztr. ausländische Wolle; auf den Bahnhöfen wurden vom 14. bis 21. Juni 68,155 Ztr. 34 Kilo und durch Landfuhrwerk wurden dem Markt 2204 Ztr. 40 Kilo zugeführt. Es befanden sich demnach zur Zeit des Wollmarktes im Ganzen 88,912 Ztr. 7 Kilo Wollen hier, 34,187 Ztr. 43 Kilo weniger als im Vorjahr.

** Bromberg, 25. Juni. [Schiffssverkehr auf dem Bromberger Kanal vom 24. bis 25. Juni Mittags 12 Uhr] Schiffer Heinrich Zinke IX 3493, Thon, von Halle nach Neuhoff. August Lamprecht, I 16119, tief. Bretter, von Schulz nach Berlin. Julius Fermum, VIII 1120, leer, von Nakel nach Bromberg. Karl Schneider, I 16754, leer, von Berlin nach Bromberg. August Rebert, I 17025, tief. Latten, von Bromberg nach Berlin. Karl Ulrich, I 16581, tief. Bretter, von Bromberg nach Berlin. August Krege, I 11425, Weizen von Bromberg nach Brandenburg. Friedrich Menzel, I 3668, Güter, von Stettin nach Bromberg. Ferdinand Eisner, I 16035, Eisenbahnschwellen, von Schulz nach Berlin.

** Bukarest, 25. Juni. [Die Zeichnung auf die Anleihe der Nationalbank hat gestern im ganzen Lande stattgefunden und ist bereits gestern geschlossen worden, da statt der verlangten 8 Millionen 25 Millionen gezeichnet wurden.]

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 25. Juni. Die Konferenz nahm in ihrer heutigen Sitzung den Bericht der Delegirten über den französischen Vorschlag der Grenzregulirung entgegen. Derselbe wurde von den Bevollmächtigten einstimmig angenommen. Morgen findet ein Zusammentreffen der Delegirten nochmals statt zur Beurtheilung einiger unwesentlichen Detailpunkte. Die Bevollmächtigten werden am Montag über diese Punkte beschließen und voraussichtlich in dieser oder einer nochmaligen Sitzung über die letzte formale Ausführung des von den Mächten der Konferenz übertragen gewesenen Mandats Beschlüsse fassen.

Berlin, 26. Juni. Gegenüber den Kompromissnachrichten über die Kirchenvorlage erklärte die „Norddeutsche Allg. Zeitung“, es sei unwahr, daß Herr v. Puttkamer erklärte, die Regierung wolle Artikel 4 fallen lassen. Die Regierung werde freiwillig keinen Theil der Vorlage fallen lassen, ebenso sei es eine willkürliche Erfahrung, daß der Reichskanzler gegenüber Herrn von Rauchhaupt Verzicht auf Artikel 4 geleistet habe. Die Staatsminister haben noch am Freitag in vertraulicher Besprechung sich gegenseitig vergewissert, daß die Regierung an der Vorlage, wie sie eingebrochen ist, festhalten wird. Alle entgegengesetzten Behauptungen sind im Dienste der Zentrumsfraktion erfunden.

Berlin, 25. Juli. In der am 24. d. M. unter dem Vorsitz des Staatsministers Hofmann abgehaltenen Sitzung des Bundesraths erfolgte die Mittheilung von der Ernennung des großherzoglich braunschweigischen Ministerpräsidenten, Wirs. Geheimen Raths von Liebe, zum stellvertretenden Bevollmächtigten für Schaumburg-Lippe und für Lippe. Mit der vom Vorsitzenden beantragten zollfreien Einladung der aus Süden zurückgelangenden deutschen Ausstellungsgüter, erklärte die Versammlung sich einverstanden; ebenso mit den Vorschlägen des Vorsitzenden wegen Wiederbesetzung erledigter Mitgliederstellen bei den lübeckischen Disziplinarfakultäten in Bromberg, Breslau, Arnswalde und Mühlster. Die von der großherzoglich badischen und großherzoglich oldenburgischen Regierung eingebrochenen Anträge auf Bewilligung gemischter Privattransfälzer von Getreide &c. in Mannheim, Elsfleth und Nordenham sollen, ohne vorgängige Verweisung an einen Ausschuß, demnächst im Plenum berathen werden. Der von Hamburg vorgelegte Entwurf eines Gesetzes wegen Übertragung der Entscheidung von Streitfragen zwischen dem Senat und der Bürgerschaft dagebst an das Reichsgericht, über welchen der großherzoglich hessische Bevollmächtigte, Staatsrath Dr. Neidhardt, berichtet, erhielt mit einigen vom Ausschuß für Justizwesen vorgeschlagenen Fassungsänderungen die Zustimmung. Auf den Vortrag derselben Berichterstatters wurde, dem Gutachten des Ausschusses für Handel und Verkehr entsprechend, eine Eingabe, betreffend die Maße, Gewichte und Waagen in den Apotheken, dem Reichskanzler überwiesen, einer Eingabe wegen Änderung des § 13 Nr. 6 des Bankgesetzes vom 14. März 1875 aber eine Folge nicht gegeben. Weitere, von dem großherzoglich mecklenburgischen Bevollmächtigten, Ober-Zoll-Direktor Oldenburg, bezw. dem großherzoglich badischen Bevollmächtigten, Ministerialrath Scherer, mündlich erstattete Ausschusserichte bezogen sich auf Eingaben wegen Revision der Prüfungsvorschriften für die Seeschiffer und Seefeuhrer und wegen Einführung der Doppelwährung. Die erste Angelegenheit wurde dem Reichskanzler überwiesen. Auf die zuletzt genannte Eingabe wurde ablehnender Bescheid beschlossen. Den Schlüß bildete die Vorlegung der neuerdings eingegangenen Petitionen und die Regelung ihrer geschäftlichen Behandlung.

Berlin, 26. Juni. Die Konferenz wird noch mindestens drei Sitzungen halten. Die von der Konferenz zu regulirenden zahlreichen Detailfragen beziehen sich nicht auf die Tracirung der Grenze, welche bereits erfolgt ist, sondern betreffen reine Detailfragen, wie sie bei jeder Gebietsabtretung zu regeln sind, unter Anderem die Bestimmung des Anteils der türkischen Schulden, welchen Griechenland auf die abgetretenen Gebietsteile zu übernehmen hat, ferner die Regelung der Vakuf- und Evkaf-Güter, ferner die Regelung der Eigentumsverhältnisse der auswandern den Türken und Aehnliches.

London, 26. Juni. Die „Morning Post“ erfährt, Gladstone habe versprochen, falls Bradlaugh vorläufig darauf verzichte, die Einnahme seines Sitzen zu beanspruchen, er Labouchère's Antrag unterstützen und die Annahme desselben als Vertrauensvotum betrachten will.

Das Oberhaus verwarf mit 101 gegen 90 Stimmen in zweiter Lesung die Bill über die Legalisirung der Ehe eines Wittwers mit der Schwester seiner verstorbenen Frau.

„Daily News“ berichtet aus Alexandrien, der König von Abessinien habe Frieden mit Egypten geschlossen.

Berantwortlicher Redakteur: G. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Nachrichten und Anzeigen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Produkten-Börse.

Breslau, 25. Juni. [Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.] Roggen: (per 2000 Pfund) niedriger, Gefündigt — Rentne. Abg. Roggensch. —; per Juni 194 Br. per Juli-Juli 190,50 bez. per Juli-August 176–175,50 bez. per August-September 170, — Br. per September-Oktbr. 167–166 bez. per Oktober-November 163 Br. per November-Dezember 161 Br.

Weizen: Gefündigt —, Ctr. per Juni 225, — Br. per Juli 225 Br. per Juli-August 210 Br. per September-Oktbr. 201 Br. Hafer: Gef. — Ctr. per Juni 165,00 Br. per Juni-Juli 164,90 Br. per September-Oktbr. 132,50 bez. u. Br.

Petroleum: per 100 Klgr. Loko 31, — Br. per Juni 31, — Br. per Juli 30 Br. Raps: per Juni 255 Br. 250 Gd. Rüböl: unveränd. Gefünd. Bentner, Loko 55,50 Br. per Juni 54,50 Br. per Juli-Juli 54,50 Br. per Juli-August 54,50 Br. per August-September 54,75 Br. per September-Oktober 54,75 Br. November 55,25 Br. Spiritus: Loko niedriger, Gefündigt — Liter per Juni 62,40 Br. per Juni-Juli 62,40 Br. per Juli-August 62,10 bez. per August-September 61,80 bez. u. Br. per Oktober-November 61,50 bez. Zink: ohne Umsatz.

Die Börse-Commission.

Marktpreise in Breslau am 25. Juni 1880

Festsetzungen der städtischen Markt- Deputation.	gute		mittlere		geringe Ware	
	Höch- ster M. Pf.	Rie- chter M. Pf.	Höch- ster M. Pf.	Rie- chter M. Pf.	Höch- ster M. Pf.	Rie- chter M. Pf.
Weizen, weißer	23,20	22,8	22,10	21,50	21,10	2,40
Weizen, gelber	22,50	22,30	21,80	21,40	21, —	20,20
Roggen,	pro	20,30	20,10	19,90	19,50	19,30
Gerste,	100	17,20	16,70	16, —	15,40	15,10
Hafer,	16,80	16,60	16,40	16,20	16, —	15,80
Erbse	Kilog.	19,20	18,70	17,70	17,30	16,50
						15,50

Pro 100 Kilogramm	fein	mittel	ordinäre
Raps	25	24	23
Rüben, Winterfrucht	24	23	22
Külsen, Sommerfrucht	23	22	20
Dotter	22	20	18
Schlagleinse	28	26	24
Hanfsaat	17	16	15
Kleesamen, geschäftslos, rother nominell, per 50 Kgr.	40–48	30–35	
bis 38–42 M.	50	40–58–62	M.
Rapskuchen, ohne Aenderung, per 50 Kgr. 6,40–6,60 M.	6,10	6,40–6,60	M.
September–Oktober 6,50 M.			
Leinsuchen, preishaltend, per 50 Kilo 10,00–10,30 M.			
Lupinen, gut behauptet, per 100 Kgr. 7,50–8,00–8,50 M.			
M. blaue 7,40–8,00–8,40 M.			
Thymothee, nominell, per 50 Kilgr. 18–21–23 M.			
Bohnen, schwach zugeführt, per 100 Kgr. 21,50–23,00–23,75 M.			
Mais: schwach angeboten, per 100 Kgr. 14,40–14,90–15,40 M.			
Wicken: behauptet, per 100 Kilogr. 13,00–13,50–14,20 M.			
Reu: per 50 Kilogr. 2,70 bis 3,00 M.			